



## Allgemeinverfügung

nach § 52 S. 5 EnWG

zu Vorgaben zur formellen Gestaltung des Berichts nach § 52 S. 1 EnWG

Die Bundesnetzagentur, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn

hat gemäß § 52 S. 5 i. V. m. § 59 Abs. 1 S. 2 EnWG am 17.12.2008 folgende Entscheidung getroffen:

1. Allen Betreibern von Gasversorgungsnetzen im Sinne von § 3 Nr. 6 EnWG wird aufgegeben, den der Bundesnetzagentur nach § 52 S. 1 EnWG jährlich, spätestens zum 30. Juni eines Jahres für das Vorjahr vorzulegenden Bericht gemäß den Vorgaben zu übermitteln, wie sie in der **Anlage** dieser Allgemeinverfügung festgelegt werden und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur (<http://www.bundesnetzagentur.de>; Menüpunkte „Sachgebiete“ → „Elektrizität/Gas“ → „Erhebung von Unternehmensdaten“ → „Berichtspflichten bei Versorgungsstörungen“ → „Berichtspflichten bei Versorgungsstörungen Gas“) veröffentlicht und abrufbar sind. Diese Verpflichtung gilt für die Übermittlung von Versorgungsunterbrechungen aus dem Berichtsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2008 (Berichtsstichtag: 30. Juni 2009) und alle darauffolgenden Berichte.
2. Die unter Ziffer 1. genannten Netzbetreiber haben der Bundesnetzagentur die Daten zu Versorgungsunterbrechungen für ab dem 1. Januar 2008 auftretende Versorgungsunterbrechungen in ihrem Netz netznummernscharf auf elektronischem Weg zu übermitteln.
  - a. Hierfür müssen die unter Ziffer 1. genannten Netzbetreiber ab dem Berichtsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2009 (Berichtsstichtag: 30. Juni 2010) in jedem Berichtsjahr eines von zwei von der Bundesnetzagentur zur Verfügung gestellten Verfahren in ihrer jeweils aktuellen Version verbindlich wählen und verwenden. Beim ersten Verfahren bietet die Bundesnetzagentur ein Web-Formular an, bei dem die Versorgungsunterbrechungen manuell eingegeben werden. Beim zweiten Verfahren erfolgt die Übertragung der Daten zu Versorgungsunterbrechungen automatisiert auf Basis des XML-Web-Service. Die Verfahren werden über das über die Internet-Seite <http://www.bundesnetzagentur.de> erreichbare Energieda-

ten-Portal der Bundesnetzagentur (<https://app.bundesnetzagentur.de/Energie>, im Folgenden: „**Energiedaten-Portal**“) zugänglich gemacht werden.

Für die elektronische Datenübermittlung haben die unter Ziffer 1 verpflichteten Netzbetreiber dieses Energiedaten-Portal zu nutzen.

- b. Für die Erfüllung der Berichtspflichten für das Berichtsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2008 (Berichtsstichtag 30. Juni 2009) haben die Netzbetreiber die Daten von Versorgungsunterbrechungen der Bundesnetzagentur unter Verwendung des auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur (<http://www.bundesnetzagentur.de>; Menüpunkte „Sachgebiete“ → „Elektrizität/Gas“ → „Erhebung von Unternehmensdaten“ → „Berichtspflichten bei Versorgungsstörungen“ → „Berichtspflichten bei Versorgungsstörungen Gas“) zur Verfügung gestellten Formulars im xls-Format zu übermitteln. Für diese Datenübermittlung haben die unter Ziffer 1 verpflichteten Netzbetreiber das Energiedaten-Portal zu nutzen. Sämtliche Dokumente müssen vor der Übertragung im Energiedaten-Portal mit dem im Internet bereitgestellten Verschlüsselungsprogramm (zu finden auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter der Adresse: <http://www.bundesnetzagentur.de>; Menüpunkte „Sachgebiete“ → „Elektrizität/Gas“ → „Erhebung von Unternehmensdaten“ → „Download Verschlüsselungsprogramm“) verschlüsselt werden.

Die zu übermittelnde Datei ist vollständig und richtig ausgefüllt zu übermitteln. Beim Ausfüllen der Datei dürfen keine Veränderungen an deren Strukturen vorgenommen werden.

Für Daten von Versorgungsunterbrechungen, welche bis zur Zustellung dieser Allgemeinverfügung auftreten, empfiehlt die Bundesnetzagentur die Verwendung dieses Formulars.

## Gründe

### I.

Alle Betreiber von Gasversorgungsnetzen nach § 3 Nr. 6 EnWG sind gemäß § 52 S. 1 EnWG verpflichtet, bis zum 30. Juni eines Jahres alle in ihrem Netz aufgetretenen Versorgungsunterbrechungen des Vorjahres in einem Bericht an die Bundesnetzagentur zu melden. Die zu meldenden Daten zu Versorgungsunterbrechungen umfassen gemäß § 52 S. 2 EnWG mindestens die für die Beschreibung einer Versorgungsunterbrechung wesentlichen Größen wie Zeitpunkt, Dauer, Ausmaß und Ursache (Anlass) einer Versorgungsunterbrechung. Dabei kann die Angabe des Ausmaßes einer Versorgungsunterbrechung grundsätzlich in unterschiedlicher Weise erfolgen. Insbesondere legen unterschiedliche Kundengruppen die Wahl jeweils für die Kundengruppe geeigneter Kenngrößen nahe. Gemäß der Gesetzesbegründung zu § 52 EnWG sollen die zur Beschreibung einer Versorgungsunterbrechung gewählten Kenngrößen dabei so gewählt werden, dass einerseits eine ausreichend genaue Beschreibung der Versorgungszuverlässigkeit gewährleistet ist, andererseits der Erfassungsaufwand möglichst gering ist. Zur Erfassung der Versorgungszuverlässigkeit sollen darüber hinaus möglichst anerkannte Verfahren verwendet werden, damit auch internationale Vergleiche möglich werden.

### II.

Die Bundesnetzagentur macht von der ihr gemäß § 52 S. 5 EnWG verliehenen Kompetenz Gebrauch und trifft Vorgaben zur formellen Gestaltung des Berichts. Diese Vorgaben präzisieren die gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich Art und Umfang der zu meldenden Daten zu Versorgungsunterbrechungen und definieren die Art und Weise der Übermittlung des Berichtes an die

Bundesnetzagentur. Dadurch soll der Rahmen für eine einheitliche, sachgerechte und qualitativ aussagekräftige Datengrundlage geschaffen werden, um darauf basierend belastbare Auswertungen und Analysen zur Bestimmung der Versorgungszuverlässigkeit vornehmen und dem gesetzlich auferlegten Prüfauftrag nachkommen zu können. Anders als im Bereich Versorgungszuverlässigkeit von Elektrizitätsversorgungsnetzen, für den bereits durch eine Allgemeinverfügung verbindliche Vorgaben festgelegt wurden, existieren für den Bereich Versorgungszuverlässigkeit von Gasversorgungsnetzen derzeit noch keine international etablierten Standards. Aus diesem Grunde hat die Bundesnetzagentur die mit dieser Allgemeinverfügung festgelegten Vorgaben in enger Konsultation und Abstimmung mit den betroffenen Verbänden der Gaswirtschaft, maßgeblich mit dem Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e. V. (DVGW), ermittelt und definiert. Die mit dieser Allgemeinverfügung festgelegten Vorgaben wurden zu einem großen Teil in den vergangenen zwei Berichtsjahren von den in Ziffer 1. genannten Netzbetreibern bereits bei Erfüllung ihrer Berichtspflichten erprobt, fortlaufend an die speziellen Marktgegebenheiten und Bedürfnisse der Gaswirtschaft angepasst und haben sich bewährt.

Die Vorgaben sehen die Meldepflicht von solchen Versorgungsunterbrechungen vor, bei denen sich Abweichungen des Vorgangs „Gasversorgung“ von seinem festgelegten oder geplanten Verlauf ergeben, die eine spürbare Auswirkung für den Letztverbraucher verursachen und von denen der Netzbetreiber Kenntnis erlangt. Letztverbraucher im Sinne dieser Verfügung ist auch ein nachgelagerter Netzbetreiber. Die Meldepflicht, die zwischen zwei Erfassungsgruppen unterscheidet, erstreckt sich auf Versorgungsunterbrechungen von Letztverbrauchern im Netz des jeweils nach Ziffer 1. verpflichteten Netzbetreibers und umfasst neben ungeplanten auch geplante Versorgungsunterbrechungen. Ungeplante Versorgungsunterbrechungen sind nach den fünf Störungsanlässen - „Störungen im Verantwortungsbereich Dritter“, „Störungen im Verantwortungsbereich des Netzbetreibers“, „Folgestörung“, „Höhere Gewalt/Kriminelle Handlungen“ und „Sonstige Versorgungsstörungen/Kein erkennbarer Anlass“ - zu differenzieren. Bei den geplanten Versorgungsunterbrechungen sind die vier Unterbrechungsanlässe „Wechsel von Zählern und Hausdruckregelgeräten“, „Instandhaltung an Gas-Druckregelanlagen und Gas-Druckregel- und Messanlagen“, „Instandhaltung an Gasleitungen und Anschlüssen“ und „Sonstige geplante Unterbrechungen“ zu unterscheiden. Abhängig von der Erfassungsgruppe dient die Anzahl der betroffenen, d. h. unterbrochenen, Letztverbraucher (Erfassungsgruppe 1), oder die vertraglich vereinbarten Leistungswerte der unterbrochenen Letztverbraucher (Erfassungsgruppe 2) als Maß zur Beschreibung einer Versorgungsunterbrechung.

Die Übermittlung der Daten zu Versorgungsunterbrechungen an die Bundesnetzagentur soll auf elektronischem Weg erfolgen. Der Bundesnetzagentur wird jährlich von den über 700 nach Ziffer 1. verpflichteten Netzbetreibern eine erhebliche Anzahl an Versorgungsunterbrechungen gemeldet, die sie zu erfassen und zu bearbeiten hat. Laut den der Bundesnetzagentur vorliegenden Informationen aus dem Markt und eigenen Erhebungen bewegt sich die Anzahl an meldepflichtigen Versorgungsunterbrechungen bundesweit jedenfalls im fünfstelligen Bereich. Angesichts dieser großen Zahl ist die Datenübermittlung auf elektronischem Wege für eine effektive und effiziente Prüfung der Versorgungszuverlässigkeit erforderlich. Denn die vorgesehene elektronische Datenübermittlung gewährleistet zum einen eine strukturierte und standardisierte Datenübermittlung und vereinfacht zum anderen die Aufbereitung und Auswertung der Daten für die o.g. Zwecke erheblich. Deshalb sieht die Bundesnetzagentur ab dem Berichtsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2009 (Berichtsstichtag: 30. Juni 2010) die Verwendung eines von zwei bereitgestellten Verfahren zur Datenübermittlung auf elektronischem Wege vor. Beim ersten Verfahren bietet die Bundesnetzagentur ein Web-Formular an, bei dem die Versorgungsunterbrechungen manuell eingegeben werden. Dieses Verfahren trägt insbesondere den Belangen von Netzbetreibern mit einer geringen Zahl an Versorgungsunterbrechungen Rechnung. Beim zweiten Verfahren erfolgt die Übertragung der Daten zu Versorgungsunterbrechungen automatisiert auf Basis des XML-Web-Service. Dieses Verfahren ist insbesondere für Netzbetreiber mit einer großen Anzahl an Versorgungsunterbrechungen konzipiert. Für einen Testbetrieb werden beide Verfahren bereits zu einem früheren Zeitpunkt zugänglich gemacht. Darüber hinaus fördern die Verfahren das Zustandekommen einheitlicher Datensätze, die eine Auswertung der Berichte erheblich erleichtern. Durch die angeordnete Übermittlung über das Energiedaten-Portal soll ein möglichst fehlerfreier und strukturierter Datenrücklauf sichergestellt werden.

Auch für das Berichtsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2008 ordnet die Bundesnetzagentur die Übermittlung der Daten in elektronischer Form an, um eine vereinfachte Aufbereitung und Auswertung der Daten zu ermöglichen. Dabei ist die Verwendung der aktuellen Version des auf ihren Internetseiten zur Verfügung gestellten Formulars im xls-Format für solche Versorgungsunterbrechungen vorgeschrieben, welche ab Zustellung dieser Allgemeinverfügung bis zum 31. Dezember 2008 auftreten, um auch für das Berichtsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2008 bereits eine größtmögliche Standardisierung und strukturierte Datenermittlung vornehmen zu können, die eine möglichst einheitliche Aufarbeitung und aussagekräftige Auswertung ermöglicht. Für die angeordnete elektronische Übermittlung von Daten für Versorgungsunterbrechungen, die im Zeitraum ab dem 1. Januar 2008 bis zur Zustellung dieser Allgemeinverfügung aufgetreten sind, empfiehlt die Bundesnetzagentur die Verwendung des Formulars im xls-Format. Die Nutzung dieses Formulars ist jedoch für die Berichtspflicht dieses Zeitraumes nicht zwingend vorgeschrieben.

### III.

Die Vorgaben der Bundesnetzagentur wurden in einer am 8. Oktober 2008 eingeleiteten öffentlichen Konsultation den Netzbetreibern vorgestellt. Im Rahmen der Konsultation war die Möglichkeit gegeben, befristet bis zum 8. November 2008 Stellung zu nehmen.

Hierbei wurde seitens der betroffenen Wirtschaftskreise vorgebracht, dass die geplanten Versorgungsunterbrechungen durch Instandhaltungsmaßnahmen an Hausanschlüssen bis einschließlich einer Stunde als Sammelmeldung abzugeben seien. Um Aufwand zu ersparen, sollten die Sammelmeldungen auf Erfahrungswerten beruhen, die stichprobenartig gemessen werden.

Diese Stellungnahme wurde hinsichtlich der Möglichkeit einer Sammelmeldung für geplante Versorgungsunterbrechungen bei Instandhaltungsmaßnahmen an Hausanschlüssen mit einer Dauer bis einschließlich einer Stunde durch die Allgemeinverfügung berücksichtigt. Liegen bezüglich der Unterbrechungsdauer für die Sammelmeldung keine gemessenen Werte vor, so sind die Zeitangaben sachgerecht zu ermitteln bzw. zu schätzen.

Hingegen findet der Einwand, dass geplante Versorgungsunterbrechungen überhaupt nicht oder nicht bei weniger als einer Stunde gemeldet werden müssen, keine Berücksichtigung in der Allgemeinverfügung. Von der Vorschrift des § 52 EnWG werden sowohl geplante als auch ungeplante Versorgungsunterbrechungen erfasst. Versorgungsstörung meint in diesem Zusammenhang die Störung in der Versorgung des Letztverbrauchers und nicht eine Störung im Netz des Netzbetreibers. Dies ist auch nicht Sinn und Zweck des Gesetzes; maßgebend ist vielmehr die Überprüfung der Versorgungssicherheit bzw. der Versorgungszuverlässigkeit. Hierfür ist jedoch unerheblich, ob es sich um eine geplante oder ungeplante Störung in der Versorgung des Letztverbrauchers handelt.

Der Einwand, dass Versorgungsunterbrechungen auch mit einer kürzeren Ankündigungsfrist als drei Arbeitstagen noch als geplant zu melden seien, ist unbegründet. Das Merkmal der Planung bezieht sich auch auf den Letztverbraucher, d.h. der Letztverbraucher muss Gelegenheit haben, von der die Versorgungsunterbrechung auslösenden Maßnahme vor der Versorgungsunterbrechung Kenntnis zu erlangen, und er muss sich auf die Versorgungsunterbrechung einstellen können.

Des weiteren wurde der Einwand vorgebracht, dass es durch Arbeiten des Messstellenbetreibers z.B. beim Zählerwechsel zu Versorgungsunterbrechungen kommen kann und daher der Messstellenbetreiber verpflichtet werden müsse, die relevanten Daten dieser Versorgungsunterbrechungen an den Netzbetreiber zu melden. Jedoch kann eine solche Verpflichtung nicht durch die vorliegende Allgemeinverfügung gedeckt werden, da diese keine Meldepflichten gegenüber Messstellenbetreibern festlegen kann, sondern sich gem. § 52 EnWG ausschließlich an die Betreiber von Gasversorgungsnetzen richtet. Etwaige Meldepflichten, um die beschriebenen

Versorgungsunterbrechungen für den Netzbetreiber erfassbar zu machen, können lediglich vertraglich zwischen Netzbetreiber und Messstellenbetreiber vereinbart werden.

Bezüglich der Frage, welches Ereignis den Beginn einer Versorgungsunterbrechung markiert – die Meldung durch den Letztverbraucher oder eine andere Quelle – ist in der Anlage zur Allgemeinverfügung unter Punkt 1.2 folgendes festgelegt: Als Beginn einer Versorgungsunterbrechung gilt der früheste Zeitpunkt, zu dem der Netzbetreiber von der Versorgungsunterbrechung Kenntnis erlangt, unabhängig davon, ob eine Meldung durch einen Letztverbraucher erfolgt oder der Netzbetreiber auf andere Weise davon Kenntnis erlangt.

Auch hinsichtlich der Frage, wie die Gruppenbildung (z.B. Größe der Gruppen) bei der Wiederherstellung der Versorgung durch den Netzbetreiber vorzunehmen ist, macht die Allgemeinverfügung keine Vorgaben für den Netzbetreiber, sondern stellt dies in sein Ermessen (siehe auch Beispiel in Anlage Kap. 1.7).

Der Hinweis, dass eine Versorgungsunterbrechung nicht vorliegt, wenn der Letztverbraucher keine Kapazitäten an Gas benötigt, da er z.B. Revisionsmaßnahmen an seinen eigenen Anlagen durchführt, ist zutreffend, da in diesem Fall keine Versorgungsunterbrechung vorliegt, mithin keine Meldung zu erfolgen hat. Gleiches gilt für eine ordnungsgemäß unterbrochene Versorgung aufgrund unterbrechbarer Kapazitäten.

Ferner geht der Einwand fehl, dass nachgelagerte Netzbetreiber keine Letztverbraucher im Sinne des § 3 Nr. 25 EnWG sind. Die Begriffe sind in der Allgemeinverfügung und § 3 Nr. 25 EnWG insoweit nicht deckungsgleich. Der Begriff des Letztverbrauchers im Sinne der Allgemeinverfügung orientiert sich vielmehr an der Pflicht aller Netzbetreiber zur Meldung jeder relevanten Versorgungsunterbrechung, weshalb auch Betreiber vorgelagerter Netze zu einer Meldung verpflichtet werden. Diese können jedoch in der Regel nur eine Versorgungsunterbrechung von ihnen nachgelagerten Netzbetreibern melden.

Ausgehend von den im Konsultationspapier formulierten Vorgaben und unter Berücksichtigung und Abwägung der Kommentare und Anregungen in den eingegangenen Stellungnahmen hat die Bundesnetzagentur die Vorgaben zu Art und Umfang und zur Form des vorzulegenden Berichtes definiert. Die Vorgaben sind in der **Anlage** dieser Allgemeinverfügung festgelegt und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur (<http://www.bundesnetzagentur.de>; Menüpunkte „Sachgebiete“ → „Elektrizität/Gas“ → „Erhebung von Unternehmensdaten“ → „Berichtspflichten bei Versorgungsstörungen“ → „Berichtspflichten bei Versorgungsstörungen Gas“) veröffentlicht und abrufbar.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Entscheidung kann binnen einer Frist von einem Monat ab Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn (Postanschrift: Postfach 80 01, 53105 Bonn) einzureichen. Zur Fristwahrung genügt jedoch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf), eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Begründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag vom Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung enthalten, inwieweit die Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie die Tatsachen und Beweismittel angeben, auf die sich die Beschwerde stützt.

Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG). Auf Antrag kann das Beschwerdegericht die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise anordnen.

Bonn, den 17.12. 2008

Im Auftrag

Gottlob